

Saale-Zeitung.

weisen die Epistole oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pf. berechnet und in der Expedition, von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.

[Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz. Für die Redaktion verantwortlich: Hans Pantus in Halle. [Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc. Telegraph.-Str. 176.]

Neuannahmeständiger Jahrgang.

Nr. 151.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 30. März 1895.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Berlin, 29. März. Der Kaiser und die Kaiserin begaben sich heute früh um 7 1/2 Uhr nach dem Niederländischen Palais zur Verabreichung von den nach Karlsruhe zurückkehrenden großherzoglichen Hofbedienten, Eodann, Eodann, Eodann beide Majestäten ihren gewöhnlichen Thiergartenbesuch.

Der neue Reichstagspräsident beim Kaiser. Die Aufnahme des Reichstagspräsidenten durch den Kaiser findet, wie der „Magdeb. Ztg.“ gemeldet wird, am 1. April bei Gelegenheit der zur Feier des Geburtstages des Fürsten Bismarck im Weißen Saale des Schlosses stattfindenden Festlichkeiten statt, wozu das Präsidium eine Einladung ertheilt. — Du!

Die Zurückweisung der sozialdemokratischen Resolution wegen der Depesche des Kaisers an den Fürsten Bismarck ist vom Präsidenten des Reichstages mittels einer schriftlichen Begründung erfolgt. Es verliert, daß die sozialdemokratische Reichstagsopposition überhaupt Abstand davon genommen hat, auf diese Angelegenheit in anderer Form zurückzukommen.

Die Sitzung des Reichstages.

Berlin, 29. März. Der Reichstag bewilligte heute in der Gesamtsitzung den Reichshaushalt für 1895/96 und begann hierauf die Beratung des Antrages Kantz. Das auch heute noch gut besetzte Haus hatte bei der Nebensagung gewonnen, daß Neues nicht mehr zu erwarten sei. Der Antragsteller selbst hat sich redliche Mühe, alles zusammenzutragen, was für das Vorhandensein eines wirtschaftlichen Wohlstandes Zeugnis ablegt, und hervorgehoben, wie wichtig es dem Nationalstaat wäre, getreulich den Anforderungen zu entsprechen. Auch die Fiktion eines Wohlstands für die Reichstagsfeier ist erbracht. Als Nebenbedenken aber, welche gegen den Antrag erhoben sind, wiesen für den Grafen Kantz folgende Punkte an: 1. Der Reichstagspräsident und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr v. Marschall, wichen dem Antrag zurück, nicht nur weil er unvereinbar mit den Handelsverträgen ist, auch aus der dauernden Ermöglichung seiner politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Unabhängigkeit. Fürst Hohenlohe erklärte geradezu, daß es der Würde des Reiches widerspreche, in so eigenmächtiger Weise die für sich vereinbarten Verträge wieder in Frage stellen zu wollen. Er ging dagegen auf einige vom Staatsrecht bezogene juristische Hilfsfragen ein und stellte auch die Verfassungsmäßigkeit für die allernächste Zeit dem Reichstage in Aussicht. Von den Vätern der Reichsversammlung gegen den Antrag. Der Abg. W. Bañke legte die Gründe dar, welche für die Nationalökonomie bestimmend sind, den Antrag abzulehnen. Aus Rücksicht auf vier Mitglieder der Fraktion, welche die Verstaatlichung der Getreideverhäufer (ohne Festlegung der Verkaufspreise) für eine erweiterungsfähige Hilfsmaßregel erachten, zeigte sich der Redner geneigt, den Antrag, wenn es andere Parteien wünschen sollten, in formeller Weise vorzulegen zu lassen. Nachdem noch der Abg. Richter seinen ablehnenden Standpunkt motiviert hatte, wurde die Beratung auf morgen vertagt.

Die Unterrichtsfrage in der Kommission.

Berlin, 29. März. Der politische Szenewechsel, welcher infolge des 29. März mit Notwendigkeit eintreten mußte, hat nur eine halbe Stunde gedauert, bis Centrum und Volkspartei über die Verteilung der äußeren Ämter das Abkommen geschlossen hatten. Das Centrum hat sich wohl von vornherein seinem Zweifel darüber hingeben, daß es politische Arbeit nur in Gemeinschaft mit der konservativen Richtung leisten darf, wenn Centrum Trumpf bleiben soll. Drei Tage nach der Ernennung der Präsidenten ist dann die Schwere nach rechts beliebt worden. In der Kommission für die Unterrichtsfrage vertheidigten heute konservative und liberale gegenüber ihre Kompromiß-Anträge und verfielen denselben durchweg zur Mehrheit. So hat es dabei sein Verwenden, daß die öffentliche Anpreisung der sog. Religionszweige — nach § 111 Strafbuch sein soll. Ebenso nach § 130 die „beispielhafte Aufzucht“ über Ehe, Familie oder Eigentum, wenn sie geeignet war, den öffentlichen Frieden zu gefährden. Andererseits betont es auch dabei, daß der Kampfsparagraf nicht dieses Geistes aus dem Staatsgefüge verdrängen soll. Mit Recht bemerkt heute der Abg. Dr. Jann in der Kommission, daß die §§ 111 und 130 jetzt nicht weiter seien als die bekannten Anträge Mittelst in anderer Form. Bei der Entschiedenheit der konservativ-liberalen Mehrheit, die nur ihre eigenen Abmachungen gelten lassen wollte, scheint es völlig ausgeschlossen, zu § 130 eine Gewähr für die Freiheit von Wissenschaft und Kunst überhaupt nochmals zu beantragen. Wor doch der hierauf sich beziehende Antrag Emmerich schon in der ersten Sitzung nur von 5 Stimmen unterstützt, von allen anderen abgelehnt worden. Die Nationalliberalen verhielten sich deshalb auf Erneuerung jenes Antrages und stimmten demgemäß in allen entscheidenden Punkten mit der Opposition. Auch bei der Abstimmung über den Gelehrtenrat im Ganzen, wie er nun aus den Händen der konservativ-liberalen Mehr-

heit dem Plenum präsentiert werden soll, dürften die national-liberalen Vertreter einstimmig ein ablehnendes Votum abgeben. Es wird sicher erwartet, daß die Kommission morgen die zweite Sitzung beendet.

Aus Friedrichshagen.

Friedrichshagen, 29. März. Fürst Bismarck hat sich heute in seinem Wagen, in dem Staatsminister begleitet und eine Jagdgesellschaft auf dem Hofe, den heute fertig aufgestellten „siegenden Hirsch“, am hauptsächlich um die am Abend abreisenden Verführer und Arbeiter zu begreifen. Er ergäbte ihnen, daß er 1832 zuerst im Harze gewesen und sich aus Mitleidenschaft eine Statuette Nimmers mitgebracht habe, die er noch heute. Er fragte nach dem Wäuter und der Jagd im Harz und sagte, daß er seit 15 Jahren an Gesichtsschmerzen leide. Wie wir Wäutern sagten: „Wie hat es nicht mehr!“ Der Verführer und die Arbeiter wurden ihm vorgestellt; er gab ihnen die Hand und bat sie, Dank allen zu sagen und zu gratulieren, die am Hofe gearbeitet haben. Dann küßte er unter lebhaften Hurrahs der wenigen Anwesenden weiter. — Am Nachmittag hatte der Fürst schon vom Park aus den „siegenden Hirsch“ betrachtet und mit einer Handbewegung nach demselben zu seiner Umgebung gesagt: „Alle die Architekturführer schäbigen eigentlich die Gegen in ihrem erblichen Wäutcharakter, aber die Zivilisation dringt auch immer mehr in diesen stillen Winkel. Nun, wenn die Sachen erst länger der Willkür ausgesetzt sind, werden sie sich der Laubbildung schon besser einfügen.“

Kein Lehrverbotungsgebot.

Aus Magdeburg schreibt uns unser K-Korrespondent: Der kleine Hoffmannsdamm der preussischen Lehrerschaft, bald ein Lehrverbotungsgebot zu begründen, ist am gestrigen Tage ins Grab gesunken. Lehrverbotungen — leere Hoffnungen. Der Vorjüngling und selbstverlebte Vorjüngling des geschäftsführenden Ausschusses des preussischen Landeslehrervereins, die Herren A. Schröder und G. Helme, wurden vom Finanzminister Dr. H. Miquel in Andeutung empfangen, um denselben den letzten Wunsch der preussischen Lehrerschaft in Bezug auf ein Verbotungsgebot vorzutragen. Der Finanzminister verweigerte aus-bessere Zeiten. Damit ist das Schicksal des herbeigesehnten Verbotungsgebetes besiegelt. Der geschäftsführende Ausschuss fuhr vollstän auf jeder Richtung hin in dieser Angelegenheit seine Schicksal gelassen, die preussische Lehrerschaft wird ihm das Dank wissen — trotz des negativen Erfolges.

Verschiedene Mitteilungen.

Das Herrenhaus sollte am Freitag bei Gelegenheit der Einberufung ebenfalls eine Plenarsitzung größeren Stiles. — Nächster Bericht folgt in der Abendausgabe. Berlin, 29. März. Die Nationalliberalen stellen sich die bevorstehende Entscheidung um die Nationalökonomie die Kandidatur der Kandidatur zu stellen an zu erwarten. Damit ist ein Mann, der in weiteren Kreisen durch seine wissenschaftlichen Leistungen auf sozialpolitischen Gebieten bekannt ist. Herr Anselmann hat sich bereit erklärt, als Kandidat aufzutreten. Der konservativ-liberalen Verein hat in Gemeinschaft mit dem Wäuter der Kandidatur des konservativen Hermann Reich mit zu Oberstehen als Kandidat aufgestellt. Bremen, 29. März. Der am heute nachmittag in den Abend-200 einberufenen Kaufmannskongress nahm einstimmig eine Resolution an, welche sich auf das Entschiedenste gegen jede Veränderung der Goldwährung Deutschlands ausspricht.

Unfall.

Oesterreich-Ungarn. Im landwirtschaftlichen Anstalt des k. k. österreichischen Abgeordnetenhauses wurde der Antrag der Abgeordneten Koller und Novak auf Einberufung einer Enquete beifügig Erhebung über die Ursachen des Niederganges der Landwirtschaft und auf entsprechende Gegenmaßregeln verhandelt. Der Landwirtschaftsminister Graf Falkenhayn betonte im Laufe der Debatte, von allen Regierungskreisen werde das Interesse der Landwirtschaft gewahrt und alljährlich würden 2-3 Millionen für Meliorationen in den Etat eingestellt. Die Hauptursache der Notlage der Landwirtschaft liege in der ungerade steigenden Höhe der Grundpreise, welche in keinem Verhältnis zu dem Ertrage und der Veranschlagung seien. Der Minister erklärte sich schließlich mit der geplanten Enquete einverstanden und sagte Förderung derselben zu. Der Ausschuss beschloß die Abhaltung einer Enquete und die Einlegung eines aus 15 Mitgliedern bestehenden Subkomitees, welche über die übrigen Angelegenheiten ab. Das Subkomitee konstituierte sich sofort und wählte Drömer zum Demann.

England. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Kimberley, empfing am Freitag eine Deputation der englisch-amerikanischen Gesellschaft, welche ihm um seine Tätigkeit zum Vorkommen der Armee in der Türkei bat. Kimberley verweigerte die Deputation seiner wärmsten Teilnahme, wies jedoch auf die große Schwierigkeit der Behauptung dieser Frage hin, weil ein Ausbruch der orientalischen Frage vermieden werden muß. Eine vereinigte Aktion Englands und Frankreichs würde ungenügend sein. Der englische Vorkämpfer in Konstantinopel habe ihm versichert, England und Frankreich seien der Weltbeweisung einer Reform vollkommen überzeugt. Er sei sicher, daß wenn die Zeit gekommen sein würde, England und Frankreich anfrichtig mit England zusammenzugehen würden. Die anderen Vertragsmächte hätten ebenfalls Beweise ihrer Sympathie für die Armee gegeben. Wenn die Zeit zu einem Vorgehen gekommen sein werde, würden andere Mächte auch nicht bei Seite stehen.

Unfall. Gegenwärtig werden Vorkommnisse ausgedehnt für eine Eisenbahnverbindung Nord-Rheinlands mit Transkanalisen über Stuttgart, Neudammplatz, Siedheim, Sualt.

Belgien. Der Wäuteler Bund der Arbeiterpartei beschloß einen Aufruf an die Arbeiterbevölkerung zu erteilen, in der die Arbeiter aufgefordert wird, sich bereit zu halten, um in dem allgemeinen Zustand einzutreten.

Serbien. Der „Kön. Ztg.“ wird aus Belgrad gemeldet: Ein geheimes Verbot des Wäuteler Präsidiums ordnet an, daß die Wäuteler der direkten Wahlmänner bei Wäuteler im nächsten Datum des folgenden Tages vorgekommen werden sollen. Mehrere Wäuteler riefen deshalb ihre Entlassung ein und mehr als 100 Einprüge gegen diese Anordnung gingen an den König ab.

Ungarn. Die Zeitung „Mit.“ meldet aus Sofia: Der hiesige Gemeinderat beschloß gegen den früheren Bürgermeister und Wäuteler Petrow und gegen den Ingenieur Votchkow die gerichtliche Klage zu erheben, weil dieselben bei Vergebung öffentlicher Leistungen die Gemeinde um mehr als 30000 Francs geschädigt hätten.

China und Japan. Nach einer Mitteilung der „Russischen Telegraphenagentur“ soll der Wäuteler, enttäuscht über das Verhalten gegen die Wäuteler, die japanischen Bevollmächtigten in Schimonoseki angewiesen haben, die Wäuteler zu erklären, daß Japan in eine provisorische Einstellung der Wäutelerleistungen mit China willigt. Die am 24. d. M. erfolgte Verlegung der Fischerinsel durch die Japaner wird amtlich bestätigt.

Deutscher Reichstag.

72. Sitzung vom 29. März, vormittags 11 Uhr. Ein Unbedenklichkeit u. a. Reichstagsrat Fürst Hohenlohe. Ein Antrag über die Einmündung eines gegen den Abg. Herrbert Sog, schwebendes Strafverfahrens wird angenommen, bevor in der Gesamtsitzung die Entscheidung der Entscheidung der Gesamtsitzung. Es folgt die Beratung des Antrages Kantz und Gen. von Reichstagsrat zu erheben, dem Reichstage baldigt einen Gesetzentwurf vorzulegen, wozu: 1. der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Inlande bestimmten ausländischen Getreides mit Einfuhr der Wäuteler, ausschließlich für Rechnung des Reiches erfolgt; 2. die Verkaufspreise des Getreides nach den inländischen Durchschnittspreisen der Verlebe von 1850 bis 1890, die Verkaufspreise der Wäutelerabfälle nach dem wäuteler Ausbeuteverhältnis, dem Getreidepreise entsprechend, bemessen werden, so lange hierdurch die Einkaufspreise bedeckt sind, während bei höheren Einkaufspreisen die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen sind; 3. über die Verwendung der aus dem Verkauf des Getreides und der Wäutelerabfälle zu erzielenden Ueberschüsse bezügliche Bestimmungen getroffen wird, daß: a) alljährlich ein der letzten Getreideernte-Einnahmen mindestens gleichkommende Summe an die Reichskasse abgeführt wird; b) zur Anweisung von Vorkäufen für arbeitsbedingte Wäuteler (Kriegsfall etc.) die nötigen Mittel bereitgestellt werden; c) ein Reservefonds gebildet wird, um in Zeiten hoher Preis- und Auslandspreise die Zahlung der an die Reichskasse jährlich abzuführenden Summe (a) abzurufen zu können. Zur Begründung bemerkt Fürst Hohenlohe: Die Ursache des allgemeinen anerkannten Niederganges der Landwirtschaft liegt in den außerordentlich niedrigen Getreidepreisen zu finden, welche eine Folge des Massenangebots von landwirtschaftlichen Erzeugnissen anderer Länder ist. Ich bin weit entfernt davon, diesen Niedergang der Erzeugung des Schutzzoll allein beizumessen. Der Schutzoll funktioniert heute nicht mehr. Denn wir haben ähnliche Verhältnisse in allen Ländern, auch in den Ländern mit hohen Schutzzöllen. Das Angebot von Getreide auf dem Weltmarkt hängt von der Ernte ab, die Ernte wieder von der Witterung. Die dieser schwankenden Erzeugung von Getreide kann ein fester Schutzoll allein nicht helfen. Für unseren Antrag ist nach der Zeit, wo er als novum abgelehnt kritisiert wurde, ein der ruhigen Erwägung gekommen, die schließlich zum Erfolg führen wird. Heute steht der Getreidepreis unter den Produktionskosten, und die Produktionskosten müssen dem Landwirt ersetzt werden, sonst geht er ruiniert zum Untergange entzogen. Die Landwirtschaft kann nicht wie die Industrie die Produktionskosten auf ein größeres Quantum verteilen und somit überdauern. Der Antrag ist sehr wohl praktisch durchführbar. Die Einnahme des Reiches würde dadurch von 76 auf 220 Millionen Mark steigen. Man hat diese Einnahme mit Unrecht schmähtigen Bücher genannt, denn diese Ueberschüsse werden doch zum allgemeinen Wohl verwendet. Aus den Einnahmen kann ein Fonds geschaffen werden, aus dem das Reich in Stand gesetzt wird, in schweren Zeiten das Getreide zum Einkaufspreise zu verkaufen. Ganz wichtig ist die Anweisung von Vorkäufen für die ganze Bevölkerung in Kriegszeiten. Man wird uns Protobehauptung vor. Ist die Lage unserer Arbeiter, trotzdem wir eine Anzahl Getreide- und Wäuteler haben, wie noch nie, eine günstige, wir können von hohen Getreidepreisen, Arbeiterentlohnungen infolge der schwierigen Exportverhältnisse, die trotz aller Handelsverträge nicht besser werden. Ein obergesetzlicher Geheimintendant erklärte mir, daß er vor Abbruch des russischen Handelsvertrages 85 Proz. der Produktion im Inlande, 15 Proz. im Auslande verkauft habe, während nach Abschluß des Vertrages 90 Proz. ins Ausland gegangen seien, aber den Rest in 50 Millionen Preisen, das die Produktionskosten kaum deckt wurden. Daran ist auch die Not der Landwirtschaft mit Schuld, denn der Landwirt braucht die Einkünfte, aber kann nicht mehr als 10 Millionen kaufen, er muß sich damit begnügen, die alten Hüllen zu lassen. Der Konsument hat sein Recht zu verlangen, daß ihm die Waren unter den Produktionskosten verkauft wird, das hat auch der preussische Landwirtschaftsminister anerkannt; ebenso liegt darüber der Jahresbericht der Hamburgischen und Elberfelder Handelskammer.

Was die Berechnung mit dem Handelsverträgen betrifft, so können wir dem Reich ein Defizit von 200 Millionen verursachen. Da müssen wir einen Weg finden, das diese Länder nicht mit der von





